

II-409 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

15.7.1964

155/J

A n f r a g e

der Abgeordneten G l a s e r , S t e i n e r , Dr. T o n č i ć -
S o r i n j und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft,
betreffend Bevorzugung der Sozialistischen Partei Österreichs bei der
Zurverfügungstellung von Werbemöglichkeiten innerhalb bahneigener Liegen-
schaften.

Der Erstunterzeichnete dieser Anfrage hat in der 50. Sitzung
des Nationalrates (X.GP.) am 3.6.1964 an den Herrn Bundesminister für
Verkehr und Elektrizitätswirtschaft folgende mündliche Anfrage 568/M
gerichtet: "Nach welchen Richtlinien werden den politischen Parteien
Werbemöglichkeiten innerhalb bahneigener Liegenschaften eingeräumt?"

Herr Bundesminister Probst erklärte in Beantwortung dieser
Frage: "Es gibt keine Richtlinien für die Werbemöglichkeiten politischer
Parteien."

Auf eine Zusatzfrage betonte Herr Bundesminister Probst neuer-
lich: "Ich habe aber festgestellt, daß es keine Richtlinien für Werbe-
möglichkeiten der politischen Parteien gibt."

Diese Beantwortung steht im offenen Widerspruch zu den tatsäch-
lichen Verhältnissen, wie sich aus der nachfolgenden Sachverhaltsdarstel-
lung ergibt:

Die Österreichische Volkspartei, Landesparteileitung Salzburg,
richtete am 30. Jänner 1964 an die Generaldirektion der Österreichischen
Bundesbahnen ein Schreiben mit dem höflichen Ersuchen, auf Bahnhöfen
des Bundeslandes Salzburg zum Zwecke der Wahlwerbung für die am 26. April
d.J. stattgefundene Landtagswahl Plakate anbringen zu dürfen.

Dieses Schreiben wurde von der Generaldirektion der Österreichi-
schen Bundesbahnen an die "Eisenbahn-Reklame" Österreichisches Verkehrs-
büro Ges.m.b.H. abgetreten und mit einem Schreiben vom 10.2.1964 der ge-
nannten Gesellschaft wie folgt beantwortet:

"Wir bedauern Ihnen mitteilen zu müssen, daß im Vertrag zwischen
den Österreichischen Bundesbahnen und dem Österreichischen Verkehrsbüro,
das Bahnreklamemonopol betreffend, ausdrücklich festgehalten ist, daß
keinerlei politische Werbung bzw. Plakatierung im Bereiche der ÖBB durch-

155/J

- 2 -

geführt werden darf. Selbst die Anbringung von Schaukästen von Tageszei-
tungen muß erst die Generaldirektion genehmigen."

Tatsächlich wurden aber während der Zeit der Wahlwerbung für die
Salzburger Landtagswahlen auf vielen bahneigenen Liegenschaften im Bereich
des Bundeslandes Salzburg zahlreiche Plakate der Sozialistischen Partei
Österreichs angebracht. Aus der Art, dem Ort und der Dauer der Anbringung
dieser sozialistischen Wahlplakate war klar zu ersehen, daß dies offenbar
mit Wissen und Duldung der lokal zuständigen Dienststellen der Österrei-
chischen Bundesbahnen geschah.

Vor allem aber steht die Antwort des Herrn Bundesministers, wonach
es keine Richtlinien für die Werbemöglichkeiten politischer Parteien gäbe,
in Widerspruch mit dem Schreiben der Österreichischen Verkehrsbüro Ges.m.b.H.,
demzufolge keinerlei politische Werbung bzw. Plakatierung im Bereich der
Österreichischen Bundesbahnen durchgeführt werden dürfe.

Die Österreichische Volkspartei, Landesparteileitung Salzburg,
hat in einem Schreiben vom 10.6.1964 an die Bundesbahndirektion Linz das
Ersuchen gerichtet, im Bereiche der Bahnhöfe Salzburg-Aigen, Salzburg-
Gnigl und Salzburg-Parsch Schaukästen aufstellen zu dürfen.

Dieses Schreiben wurde von der Bundesbahndirektion Linz unter
Zl.1440/R/1-1964 am 26.6.1964 dahingehend beantwortet, daß auf Grund der
Weisungen der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen politische
Werbung und Reklame auf Bahngrund untersagt sei. Der beabsichtigten Anbrin-
gung von Schaukästen in den vorher erwähnten Bahnhöfen könne daher nicht
zugestimmt werden.

Tatsächlich befinden sich jedoch z.B. im Bereiche des Bahnhofes
Salzburg-Parsch und im Bereiche der Zugbeförderungsleitung Salzburg je ein
Schaukasten der Sozialistischen Partei Österreichs. Ferner steht die Antwort
der Bundesbahndirektion Linz ebenfalls in klarem Widerspruch zu der münd-
lichen Anfragebeantwortung des Herrn Bundesministers vom 3.Juni 1964.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bun-
desminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft die

A n f r a g e :

- 1) Wieso konnte der Herr Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirt-
schaft dem Parlament gegenüber erklären, es gäbe keine Richtlinien für
Werbemöglichkeiten von politischen Parteien innerhalb bahneigener
Liegenschaften, während ihm unterstehende Dienststellen unter Berufung
auf derartige Richtlinien Ansuchen um Zurverfügungstellung solcher Werbe-
möglichkeiten ablehnen?

155/J

- 3 -

- 2) Aus welchen Gründen wird die Anbringung von Schaukästen der Sozialistischen Partei auf bahneigenen Liegenschaften gestattet, während die Anbringung von Schaukästen der Österreichischen Volkspartei abgelehnt wird?
- 3) Ist der Herr Bundesminister bereit, falls tatsächlich Weisungen der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen in der Form existieren, wonach die Werbung politischer Parteien auf bahneigenen Liegenschaften nicht gestattet wird, zu veranlassen, daß diese Weisungen von allen Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen eingehalten werden?
- 4) Ist der Herr Bundesminister ferner bereit, dafür zu sorgen, daß die offensichtliche Benachteiligung der Österreichischen Volkspartei bei der Werbung auf bahneigenen Liegenschaften ehestens abgestellt wird?

-.-.-.-